



**Regionalverband  
Südlicher Oberrhein**  
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS PIA 12/2006  
Anlage

Freiburg i. Br., 25.09.2006  
Unser Zeichen: 04162.2

Körperschaft des  
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19  
79102 Freiburg i. Br.

## Planungsausschuss am 05.10.2006

### **TOP 5 (öffentlich) Territoriale Agenda der Europäischen Union**

hier: Stellungnahme an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 20.09.2006

– *beschließend* –

#### **1. Beschlussvorschlag der Verbandsgeschäftsstelle**

- 1.1 Der Planungsausschuss nimmt die Stellungnahme zustimmend zur Kenntnis.
- 1.2 Die Verbandsgeschäftsstelle wird beauftragt, über den weiteren Fortgang des Verfahrens zu berichten.

## 2. Anlass

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird am 24. und 25. Mai 2007 ein Informelles Ministertreffen in Leipzig stattfinden. Dort werden sich die für Raumentwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zuständigen Minister auf die sog. "Territoriale Agenda der EU" verständigen. Die Verabschiedung dieser Agenda soll den vorläufigen Höhepunkt eines Prozesses bilden, der von der Ministerrunde 2004 in Rotterdam gestartet und 2005 in Luxemburg fortgesetzt worden ist. Die territorialen Politiken der Mitgliedsländer konzentrieren sich demnach auf sechs Schwerpunktthemen:

1. Maßnahmen zur Stärkung von **Metropolregionen**
2. Förderung einer **Partnerschaft zwischen Stadt und Land**, insbesondere durch Einbindung von Regionen mit Entwicklungsrückstand
3. Aufbau transnationaler Cluster von **Innovationsregionen** und Förderung der **Wissensgesellschaft**
4. Verbesserung der Ausnutzung **transeuropäischer Korridore** (Verkehr und Energie)
5. **Risikomanagement** u.a. in den Küsten- und Flussgebieten und
6. bessere **Vermarkung** ökologisch und kulturell wertvoller Gebiete

Die deutsche Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat am 30. Juni 2006 in Berlin das Vorhaben der Bundesregierung, die Lissabon Strategie durch eine integrierte Raum- und Siedlungspolitik zu unterstützen, begrüßt. Ebenfalls begrüßt wurde die Absicht der Bundesregierung, die „Territoriale Agenda der EU“ als politische Plattform einer gemeinsamen europäischen Raumentwicklungspolitik in enger Zusammenarbeit von Bund und Land mit den übrigen Mitgliedstaaten der EU, mit den Europäischen Institutionen und den relevanten Nichtregierungsorganisationen zu entwickeln.

Die „Territoriale Agenda der EU“ hat als politisches Papier das Ziel, durch Empfehlungen für eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu mobilisieren. Auch soll durch die bessere und innovative Nutzung der räumlichen Vielfalt die Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Welt gestärkt und zudem den Bürgerinnen und Bürgern „Europa nähergebracht, ihre Skepsis überwunden werden“.

Der - nur in englischer Sprache vorliegende - Entwurf umfasst rund 75 Seiten und gliedert sich in folgende Themenblöcke:

- a) Bestimmung des Handlungsrahmens „Territoriale Kohäsion und der Mehrwert der Raumentwicklungspolitik“,
- b) Standortbestimmung (Raumbedeutsame Herausforderungen für die Union im Lichte der Lissabon-Strategie, Auswirkungen der EU-Politik auf die Raumentwicklung),
- c) Entwicklung der Perspektiven (Prioritäten für die Stärkung der Territorialen Struktur, raumbedeutsame Auswirkungen der EU-Politik).

Durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurden „interessierte Akteure“ in den Prozess zur Erarbeitung der „Territorialen Agenda der EU“ eingebunden. Bis zum 29.09.2006 bestand die Möglichkeit, zur Entwurfsfassung der Agenda Stellung zu nehmen. Gebeten wurde, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

- Wie stehen sie zu der vorliegenden Analyse?
- Welche Antworten auf die räumlichen Herausforderungen erwarten sie von politischer Seite?

- Wie sollte ihrer Meinung nach der politische Prozess gestaltet sein?
- Welche guten Beispiele sollen in die Dokumente aufgenommen werden?

Diese Gelegenheit wurde genutzt, um auf einige Aspekte hinzuweisen, die für die Region Südlicher Oberrhein, aber auch weite Teile des übrigen Oberrheinraumes von besonderer Bedeutung sind:

1. Die Transnationale Perspektive der EU-Politik muss insbesondere grenzüberschreitende Verflechtungen berücksichtigen und deren Nutzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsförderung ermöglichen.
2. Zur Mobilisierung der Entwicklungspotenziale von Grenzräumen müssen erforderlichenfalls grenzbedingte Lücken in den Transportnetzen geschlossen werden.
3. Dem auf steigendem Transportaufkommen resultierenden Erweiterungs- und zusätzlichen Unterhaltungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur ist auch auf europäischer Ebene Rechnung zu tragen.
4. Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und –einsparung können wesentlich zur regionalen Wertschöpfung beitragen und damit die vorhandene Wirtschaftsstruktur stabilisieren.
5. Moderne Informations- und Kommunikationstechnologie kann lagebedingte Standortnachteile ausgleichen und ist daher gerade für den Ländlichen Raum eine immer entscheidender werdende Entwicklungsvoraussetzung. Von besonderer Bedeutung ist es daher, dass in dieser zentralen Frage auch auf europäischer Ebene ein Handlungs- und Gestaltungswille formuliert wird, der den Erfordernissen des Ländlichen Raumes Rechnung trägt.
6. Entlang nationaler Grenzen kommt der EU eine besondere Bedeutung bei der Überwindung negativer Grenzeffekte zu. Wichtig ist dabei, dass gerade bei der Formulierung EU weitere Planungsperspektiven grenzüberschreitender Verflechtungen, die in nationale Betrachtungen regelmäßig nur unzureichend Eingang finden, Berücksichtigung finden.
7. Es wird empfohlen, den Oberrheinraum als „Gutes Beispiel“ in das Dokument aufzunehmen.

Anlage



**Regionalverband  
Südlicher Oberrhein**

Planen. Beraten. Entwickeln.

Regionalverband Südlicher Oberrhein, Reichsgrafenstr. 19, 79102 Freiburg

An das  
Bundesministerium für  
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Invalidenstr. 44

10115 Berlin

(vorab: territorial-agenda-eu@bmvbs.bund.de)

**Der Direktor**

## **Territoriale Agenda der EU**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit, im Vorfeld des EU-Ministertreffens zum vorliegenden Entwurf der Territorialen Agenda Stellung nehmen zu können, danken wir.

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts Träger der Regionalplanung. Das Verbandsgebiet umfasst vier Kreise mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 1,04 Mio. und einer Flächen von mehr als 4.000 qkm.

Er ist in dieser Funktion intensiv in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen deutschen, französischen und Schweizer Akteuren mit dem Ziel eingebunden, die vielfältigen Potenziale des trinationalen Lebens- und Wirtschaftsraumes Oberrhein gemeinsam zu entwickeln.

Angelehnt an die vorgegebenen Fragestellungen möchten wir aus dieser Perspektive auf die nachfolgenden Aspekte besonders hinweisen:

- *Wie stehen Sie zu der vorliegenden Analyse?*

Für die erfolgreiche Umsetzung der Lissabon-Strategie ist der territoriale Aspekt, ebenso wie die daraus resultierenden Rahmenbedingungen, ein wesentlicher Faktor für die Ausrichtung politischer Entscheidungen. Die besonders angestrebte Einbindung der regionalen und lokalen Ebene ist daher sehr zu begrüßen.

Die angeführte „Europäische Vielfalt“ ist mit Sicherheit ein häufig unterschätztes Potenzial, das gerade in Grenzregionen auch kleinräumig verfügbar ist und dort wesentliche Entwicklungsimpulse wie auch konkrete Standortqualitäten bieten kann. Folgerichtig wird daher in Abschnitt (43) die besondere Bedeutung der regionalen und lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Aufbau funktionaler Verflechtungen hervorgehoben. Gerade diese Verbindungen schaffen mitunter erst die Voraussetzungen, um

Unser Zeichen:

Freiburg i. Br.,  
20.09.2006

Körperschaft des  
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19  
79102 Freiburg i. Br.

Tel: +49(0)761/70327-0  
Fax: +49(0)761/70327-50  
rvso@region-suedlicher-  
oberrhein.de  
www.region-suedlicher-  
oberrhein.de

den auch in größeren Zusammenhängen bestehenden Wettbewerbserfordernissen erfolgreich begegnen zu können.

**Angesichts dieser zutreffenden Erkenntnis schlagen wir vor, dass die von der EU-Ministerkonferenz in Luxemburg beschlossenen Handlungsfelder hinsichtlich der Stärkung von Metropolregionen und Städten als Motoren der europäischen Entwicklung gerade auch grenzüberschreitende Verflechtungen metropolitaner Funktionen berücksichtigen. Diese transnationale Perspektive sollte im besonderen Focus der europäischen Betrachtung stehen, um die vielfältigen Potenziale der grenzüberschreitenden regionalen Kooperation für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungsförderung zu mobilisieren.**

Die Aussagen zur guten Erschließung Europäischer Zentralräume (62) treffen im Betrachtungsmaßstab zu. Wichtig ist dabei allerdings der Aspekt, dass die Übergänge zwischen nationalen (Hochgeschwindigkeits-)Netzen nicht immer den bestehenden Erfordernissen gerecht werden. Gerade in den **Grenzräumen** können hierdurch potenzielle Entwicklungschancen nur unzureichend ausgeschöpft werden. Beispiele hierfür sind etwa die Verbindungen zwischen französischem TGV-Netz und deutschem ICE-Netz am Oberrhein oder der Ausbau der Rheintalbahn im Rahmen der Neuen Alpentransversale.

Bei den Ausführungen zum steigenden Transportaufkommen im Osten der EU und den Ländlichen Räumen (66) bleibt unberücksichtigt, dass auch in den zentralen Transitkorridoren, mitunter erhebliche, Zuwächse des Verkehrsaufkommens zu verzeichnen sind. Daraus resultiert ein dringender Erweiterungs- bzw. Unterhaltungsbedarf, wenn die aktuelle Erschließungsqualität „etablierter“ Trassen langfristig aufrechterhalten werden soll. Im Oberrheinraum gilt dies gleichermaßen für die rheinparallelen Bahn- und Straßenstrassen.

Bei der Darstellung „Erneuerbarer Energien als territorialem Potenzial“ (78) werden die Aspekte Effizienzsteigerung und Einsparmaßnahmen nicht berücksichtigt. Damit wird eine wesentliche ökonomische Dimension vernachlässigt: Entsprechende dezentrale Maßnahmen werden vornehmlich von lokalen bzw. regionalen kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt. Anders als beim Bezug fossiler Brennstoffe bleiben entsprechende Investitionen damit überwiegend der regionalen Wertschöpfung erhalten. Gerade in Räumen mit einem geringen Besatz an Großindustrie kann dies einen besonderen Beitrag zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur bewirken.

- *Welche Antworten auf die räumlichen Herausforderungen erwarten Sie von politischer Seite?*

Die unter dem Stichwort „Metropolitan Areas First“ (73) dargelegte Beschreibung der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie beschränkt sich auf die – marktwirtschaftlich gewährleistete – Erschließung großstädtischer Gebiete. Die möglichen Potenziale dieser Infrastruktur gerade für den Ländlichen Raum werden angeführt, aber aufgrund „unzureichender Nachfrage“ nicht weiter verfolgt. Dementsprechend werden auch keine Hinweise für entsprechende politische Erwägungen angeführt. Ein Handlungs- und Gestaltungswille wird in dieser für sehr große Teilräume überaus zentralen Frage nicht formuliert.

Damit werden auch die vielfältigen Anstrengungen vernachlässigt, die von unterschiedlichen Akteuren zur Sicherung einer zeitgemäßen Infrastrukturausstattung ländlicher Räume unternommen werden, die bisweilen sehr kreative und erfolgreiche Lösungsansätze aufzeigen.

Trotz der anzuerkennenden Notwendigkeit einer besonderen Förderung der „Metropolitan Areas“ muss die dringend gebotene Sicherung des Ländlichen Raumes auf der (politischen) Agenda bleiben.

Die Ausführungen zur gestiegenen Bedeutung der Europäischen Betrachtungsebene bei der Bestimmung regionaler Entwicklungsstrategien (135) sind zutreffend. Es ist daher geboten, dass gerade auf überstaatlicher Ebene aktuelle Zielvorstellungen zur Raumentwicklung verfügbar sind. Neben Aussagen zur räumlichen Gesamtstrategie ist dabei insbesondere auch der besondere Koordinationsbedarf entlang nationaler Grenzen zu berücksichtigen.

Richtigerweise werden gemeinsame, grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte als wesentlicher Beitrag zur Mobilisierung regionaler Potenziale und zur Überwindung bestehender Hemmnisse angeführt. Auch zielen zahlreiche Initiativen der EU unmittelbar auf die Unterstützung gerade der transnationalen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Dennoch ist hier eine noch konsequentere übernationale Betrachtung bei der Entwicklung territorialer Zielaussagen wünschenswert. Aus Sicht des Oberrheinraumes wird das in dieser Hinsicht bestehende Defizit bei der Einführung des Begriffes „Metropolitan Areas“ besonders deutlich. Deren Abgrenzung erfolgt bislang primär auf nationaler Ebene, wobei die gerade für grenzüberschreitende Verflechtungsräume prägenden transnationalen Verflechtungen bzw. Cluster unzureichend abgebildet werden. Am Oberrhein ist es - nach massiven politischen Anstrengungen - gelungen, diesen Aspekt in die Formulierung nationaler Leitbilder einfließen zu lassen. Eine stärkere Betonung gerade grenzüberschreitender Zusammenhänge und der damit verbundenen, teilweise sehr beachtlichen Entwicklungschancen könnte diese Situation vereinfachen und zur Mobilisierung bestehender Potenziale beitragen.

- *Welche guten Beispiele sollten in die Dokumente aufgenommen werden?*

Der Oberrheinraum zwischen Karlsruhe und Basel ist seit Jahrhunderten ein eng verflochtener Kulturraum. Auf dieser Grundlage konnte insbesondere in den vergangenen 30 Jahren ein trinationaler Lebens- und Wirtschaftsraum etabliert werden, in dem grenzüberschreitende Verbindungen zwischen der Schweiz, Frankreich und Deutschland ein den Alltag der rund 5,9 Mio. Einwohner prägendes Charakteristikum sind.

Begleitet wird dieses Miteinander durch Kooperationsstrukturen, die auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Organisationsformen die notwendige grenzüberschreitende Abstimmung gewährleisten. Beispielhaft angeführt sei hier die parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen des Oberrheinrates, die Oberrheinkonferenz als Kooperationsgremium der Exekutive sowie die kommunalen „Eurodistrikte“ und Zweckverbände.

Der grenzüberschreitende territoriale Koordinationsbedarf – aber auch das damit verbundene Entwicklungspotenzial für den Gesamttraum – wurde mit der Ausweisung eines „Europäischen Verflechtungsraumes Oberrhein“ im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002 auch formal anerkannt.

Auch auf französischer Seite wurde mit der Durchführung eines Modellvorhabens zur grenzüberschreitenden Entwicklung des Teilraumes Strasbourg – Ortenau im Rahmen der „Coopération Métropolitaine“ der CIAT die besondere Chance grenzüberschreitender Projekte genutzt.

Ein wesentlicher Impuls für die strukturelle und konzeptionelle Weiterentwicklung der Zusammenarbeit am Oberrhein geht von der im Juni 2006 erfolgten Aufnahme „grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsräume“ in den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung“ in Deutschland aus.

Darauf aufbauend sollen in den kommenden Monaten unter Einbeziehung namhafter Vertreter aus Politik und Wirtschaft konkrete und für die Zivilgesellschaft relevante Projekte für die gemeinsame Weiterentwicklung des Oberrheinraumes definiert werden. Dabei sollen die bestehenden Kooperationsstrukturen auch im Sinne grenzüberschreitender regionaler „Governance“ weiterentwickelt werden. Unterstützend wirkt dabei, dass nach der Neuabgrenzung des Programmgebietes INTERREG IV der gesamte Kooperationsraum auch förderpolitisch als Einheit betrachtet wird.

Erklärtes Ziel der weiteren Vorgehensweise – die unter anderem von der baden-württembergischen Landesregierung erhebliche Unterstützung erfährt – ist es, unter Ausnutzung der spezifischen Vorteile aller Teilräume und die intensive Vernetzung von Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Oberrhein langfristig zu sichern.

Bereits im Rahmen des Dreiländerkongresses 2006 haben sich zahlreiche Besucher aus Mittel- und Osteuropa über die Möglichkeiten und Erfolge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein informiert. Auch in Zukunft wird diese „Laborfunktion“ transnationaler Kooperationen gezielt weiterentwickelt werden.

Wir hoffen, mit diesen Ausführungen einige, aus der Perspektive des Oberrheinraumes besonders wichtige Aspekte in die weitere Gestaltung der Territorialen Agenda einbringen zu können.

Bezüglich eventueller Rückfragen oder weitergehender Erläuterungen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung. Für eine Rückmeldung zum weiteren Prozedere und der inhaltlichen Behandlung vorgenannter Anregungen wären wir sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Karlin', written in a cursive style.

(Dr. Dieter Karlin)